

«In schicksalsschwerer Zeit gelangen die Parteien an Euch ...»

WERNER HAGMANN'S BUCH ÜBER
WIRTSCHAFT, NOT UND POLITIK IM BEZIRK
WERDENBERG 1930 BIS 1945

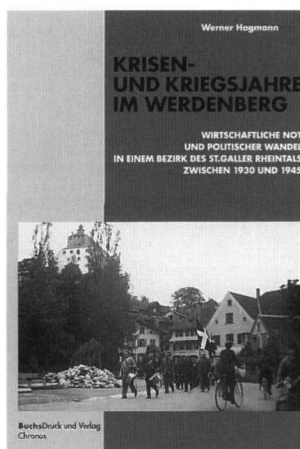
PETER GEIGER

ZEITGESCHICHTE IN BEZIRK UND GEMEINDEN

Zeitgeschichte hat eine eigene Qualität. Sie ist noch mit uns Lebenden verknüpft, der Gegenwart nicht ganz entschwunden, von Erinnerungen der Zeitzeugen und von mündlicher Überlieferung farbig belebt, episoden- und legendendurchtränkt, personenbezogen. Zeitgeschichte ist gerade in der Lokalgeschichte und in der Region konkret und lebendig. Und sie ist besonders spannend, wenn sie eine existentiell schwierige Zeitperiode beschlägt. Das alles gilt für das im vergangenen Jahr 2001 publizierte Buch des Historikers Werner Hagmann aus Sevelen. Er hat seine bei Peter Stadler an der Universität Zürich abgeschlossene Dissertation dem Bezirk Werdenberg in der Krisen- und Kriegszeit von 1930 bis 1945 gewidmet.

Der st. gallische Bezirk Werdenberg umfasst im oberen Rheintal auf der westlichen Rheinseite die sechs politischen Gemeinden Wartau, Sevelen, Buchs, Grabs, Gams und Sennwald. Mit damals rund 19 000 Einwohnern war der Bezirk bevölkerungsmässig eineinhalbmal so gross wie Liechtenstein. In Hagmanns Buch sind Gemeindegeschichte, Bezirks-, Kantons- und Schweizergeschichte vereinigt. Hagmann untersucht auf der untersten Ebene, etwa der Gemeinde Gams, zum Beispiel die Anzahl der Arbeitslosen oder die Stärke einer Partei und setzt die Ergebnisse dann ins Verhältnis zu den weiteren Gemeinden des Bezirks, zum Kanton sowie zur ganzen Schweiz. Daraus ergibt sich das je Spezifische, sowohl für Gams wie für Bezirk, Kanton und Bund.

Das Werk beruht auf vielfältigen Primärquellen. Hagmann hat erstens die Archive der sechs politischen Gemeinden, einzelner Schul-, Orts- und Kirchgemeinden sowie von Gemeinde-Ortsparteien durchforstet, ebenso das Staatsarchiv St. Gallen und Bestände der Bundesanwaltschaft und des Oberauditorats im Schweizerischen Bundesarchiv in Bern. Zweitens hat er statistische Unterlagen und Publikationen der damaligen Zeit, insbesondere zu Wahlen in die Gemeindebehörden sowie zum Kantonsrat und zum Nationalrat, ausgewertet. Drittens hat er



Werner Hagmann: Krisen- und Kriegsjahre im Werdenberg. Wirtschaftliche Not und Politischer Wandel in einem Bezirk des St. Galler Rheintals zwischen 1930 und 1945.

BuchsDruck und Verlag, Buchs, und Chronos Verlag, Zürich, 2001.
359 Seiten, CHF 38.-.
ISBN 3-905 222-93-0 und
ISBN 3-905 313-66-9

die damals im Bezirk Werdenberg bestehenden drei Zeitungen durchkämmt, nämlich den freisinnigen, bis heute bestehenden «Werdenberger & Obertoggenburger» («W&O», Buchs), den katholisch-konservativen «Werdenberger Anzeiger» (als «Gamser Blättli» bezeichnet) sowie die parteiunabhängigen «Werdenberger Nachrichten» (Buchs). Und viertens hat Hagmann die Oral History fruchtbar gemacht, indem er 18 Zeitzeugen gezielt befragt hat. Die Interviews fanden zwischen 1985 und 1989 statt; inzwischen ist die Mehrzahl dieser Zeitzeugen schon verstorben. Hagmanns Einbezug der Zeitzeugenbefragung ist übrigens ein konkretes Beispiel dafür, dass in der Schweiz die Oral History schon länger wissenschaftliche Anwendung findet als dies eine vor wenigen Jahren breit publizierte Meinung behauptete.

ZWEI SCHWERPUNKTE: WIRTSCHAFTSNOT UND PARTEIEN

Hagmanns Werk ist – entgegen dem breiten Gesamttitel «Krisen- und Kriegsjahre im Werdenberg» – keine Gesamtdarstellung der Zeit. Vielmehr sind zwei Bereiche unterschieden, eingegrenzt und im Detail analysiert, nämlich zuerst die Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit, im Buch rund 80 Seiten umfassend, und als zweites die aus der wirtschaftlichen Not erklärte Veränderung der politischen Parteienlandschaft, im Buch mit rund 200 Seiten umfangreicher ausfallend. Nach einer knappen, gehaltvollen Zusammenfassung von 6 Seiten bringt ein gut 50 Seiten umfassender Anhang Tabellen zur Arbeitslosigkeit, zu Fürsorgeleistungen, zur Arbeitsbeschaffung sowie zu Wahlen. Die Fussnoten geben auf jeder Doppelseite wohlthuend kurz die genauen Quellennachweise, sie und die Bibliographie dienen der weiteren Forschung, auch über die Bezirks- und Rheingrenze hinaus. Zurückhaltend sind im Buch 63 Abbildungen bislang unbekannter Fotografien und Flugschriften, aus zahlreichen Privatquellen zusammengetragen, verteilt. Bilder haben eine eigene Qualität, sie führen manchen komplexen Zusammenhang unmittelbar vor

Augen, etwa mit der für den Kanalisationsbau aufgerissenen Buchser Bahnhofstrasse oder mit dem Porträt des NS-Anhängers und Azmooser Pfarrers Wirth. Die in der vorliegenden Besprechung wiedergegebenen Bilder mit Legenden entstammen Hagmanns Buch (mit freundlicher Einwilligung von BuchsDruck und Chronos).

Die Ostschweiz war nach dem Ersten Weltkrieg schon von der Stickereikrise getroffen. Hinzu kam ab Ende der 1920er Jahre die Weltwirtschaftskrise. Dies schlug sich auch in der stagnierenden Bevölkerungsbewegung nieder. Der Bezirk Werdenberg zählte 1941 etwas weniger Einwohner als noch 1920. Wanderungsverlust und Geburtenrückgang wirkten zusammen. Ärmste Gemeinde im Bezirk war Gams – zu der auch Haag gehört –, es herrschte «bittere Not». Gams war Stickerdorf und Kleinbauernndorf, zugleich die einzige katholische Gemeinde im sonst überwiegend reformierten Bezirk. 1937 verschärfte sich die Lage noch durch den «Sparkassenkrach», indem die Sparkasse Gams wegen spekulativer Verfehlungen in Konkurs geriet. Am andern Ende der Skala konnte sich Buchs als Grenzbahnhof, Verkehrs- und Einkaufsort – auch für Liechtensteiner – am ehesten halten. Buchs wies 1935 im Vergleich zu den andern Werdenberger Gemeinden ein doppelt so hohes Steuerkapital pro Kopf auf, im Vergleich zu Gams ein fast dreimal so hohes.

ARBEITSLOSIGKEIT BIS ZUM KRIEG

Aufgrund der monatlichen Erhebungen des Kantonalen Arbeits- und Sozialversicherungsamtes in St. Gallen ist die Arbeitslosigkeit zwischen 1932 bis 1945 durchgehend statistisch belegt, für den Bezirk wie für jede Gemeinde. Auch für 1930 und 1931 liegen Daten vor. Hagmann verweist zurecht auf die Problematik von Arbeitslosenzahlen, weil nicht alle Betroffenen statistisch auftauchen, indem etwa Resignierende – insbesondere Mädchen und Frauen – oder Ausgesteuerte wegfallen, und weil Teilarbeitslose unterschiedlich eingerechnet sind; die letzteren wurden meist zur Hälfte mitgezählt.

Die Arbeitslosigkeit, schon vor 1930 bestehend, traf die Bevölkerung von Werdenberg besonders von 1930 bis 1940 schwer. Sie lag im Bezirk weit über dem schweizerischen Durchschnitt, und sie war auch die höchste unter den Bezirken des Kantons. 1930 zählte man im Werdenbergischen 5,4 Prozent Arbeitslose (bezogen auf die aktive Bevölkerung), das waren knapp 500 Arbeitslose, davon rund 70 Frauen. In Gams war die Arbeitslosigkeit 1930 mit 10,5 Prozent der Erwerbsbevölkerung fast doppelt so hoch wie im Gesamtbezirk. Während der ganzen Krisenzeit war aber Sevelen durchschnittlich nicht nur im Bezirk, sondern auch im ganzen Kanton am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen, wegen der dortigen krisenanfälligen Industrie. Während gesamtschweizerisch das Jahr 1936 den Zenit der Arbeitslosigkeit brachte, war dieser im Bezirk Werdenberg schon 1933 erreicht, mit insgesamt 546 Ganzarbeitslosen, das waren 6,2 Prozent, unter Einrechnung der Teilarbeitslosen 7,4 Prozent. Danach verharrte sie etwa auf diesem Niveau. Die Frankenabwertung von 1936 brachte im Unterschied zur Gesamtschweiz für Werdenberg kaum eine Erleichterung, weil der Stickereiexport, der hätte profitieren können, bedeutungslos geworden war.

Der Krieg veränderte alles. Schon das Jahr 1939 halbierte die Arbeitslosigkeit. Nach 1940 erreichte sie in keiner Gemeinde mehr die 1-Prozent-Marke, und bis 1945 verschwand sie praktisch ganz. Die Männer wurden periodisch in den Aktivdienst eingezogen. Rüstung, militärische Bauten – hier im Bereich der Festung Sargans –, Kriegswirtschaft und Mehranbau brachten vermehrt Beschäftigung. Und nach dem Kriegsende trat die allgemein befürchtete Nachkriegskrise nicht ein.

Es gab im Bezirk Werdenberg bereits eine Arbeitslosenversicherung durch öffentliche und private Kassen, welche der Bund und der Kanton, gestützt auf Gesetze der 1920er Jahre, subventionierten. 1931 wurde im Kanton St. Gallen die Versicherung für unselbständig Erwerbende obligatorisch. Diese konnten aber die Mitgliedschaft in einer Kasse wählen, neben den öffentlichen Gemeindekassen etwa in einer der privaten Arbeitslosenkassen

der Berufsverbände, der Gewerkschaften oder der Parteien. Die Bezugsdauer war begrenzt und die Auszahlungen waren nicht üppig. Immerhin schütete die öffentliche «Werdenbergische Arbeitslosenversicherungskasse», welche 1933 alle Gemeindekassen des Bezirks ausser Buchs umfasste und rund 550 Mitglieder (Versicherte) zählte, in jenem Jahr 208 500 Franken an arbeitslose Mitglieder aus. Waren bei Arbeitslosen die Taggelder ausgeschöpft, wurden sie «ausgesteuert» und waren auf öffentliche «Krisenhilfe» sowie auf einmalige «Ausserordentliche Winterhilfe» angewiesen. Danach fielen sie der Armenfürsorge anheim, welche bis ins Armenhaus führen konnte. Dieses nannte man einführend «Bürgerheim», weil es für Ortsbürger reserviert war. Die Zahl der Bürgerheiminsassen stieg in den Krisenjahren an, so in der Gemeinde Wartau um ein Drittel, von 30 Bewohnern im Jahre 1930 auf 40 im Jahre 1938.



Die Lampenfabrik Temde, 1933 in einem ehemaligen Stickereigebäude in Sevelen eröffnet

NOTSTANDSARBEITEN ALS «PRODUKTIVE ARBEITSLOSENFÜRSORGE»

Um der Not zu steuern, wollte man nicht in erster Linie Taggelder auszahlen, sondern Arbeit und damit Verdienst schaffen. Dies nannte man «produktive Arbeitslosenfürsorge». Zahlreiche öffentliche «Notstandsarbeiten» wurden ab 1930 durchgeführt, Projekte, welche man unter normalen Umständen nicht oder nicht so früh realisiert hätte. Hagmann zeigt anschaulich, wie sowohl der Bund als auch der Kanton Arbeitsbeschaffung betrieben oder durch Subvention anregten und wie insbesondere die einzelnen Werdenberger Gemeinden zahllose Projekte in Angriff nahmen. Bundesprojekte betrafen Arbeiten im Bereich der Eisenbahn, etwa die Elektrifizierung der Rheintalstrecke 1934, sowie im Bereich der Landesverteidigung, hier den Bau der grossen, auf Wartauer Gemeindegebiet gelegenen Festung Magletsch ab 1939. Der Kanton St. Gallen liess zur Arbeitsbeschaffung Kanalisationsprojekte sowie eine Rheindammerhöhung vornehmen, dazu viele Strassenkorrekturen, so zwischen Gams und Wildhaus. Ebenso wurde 1938 bis 1940 ein Erweiterungsbau des kantonalen Kran-

kenhauses in Grabs erstellt, hierbei fanden insgesamt gut 350 Arbeiter aus allen Gemeinden des Bezirks zeitweilig Verdienst.

Die meisten Notstandsarbeiten liessen Gemeinden und Korporationen durchführen, Hagmann zählt über 100 solche realisierte Projekte im Bezirk. Zahlreiche Strassen und Wege wurden gebaut oder verbessert, Gewässer korrigiert, Wildbäche verbaut, Bodenmeliorationen vorgenommen, Kanalisationen verlegt, so jene durch die Buchser Bahnhofstrasse. Nach Möglichkeit legte man die Arbeiten ins Winterhalbjahr. Anfangs der 1930er Jahre wurde auch die neue evangelische Kirche von Buchs gebaut. Von 1937 bis 1940 wurden von Bund, Kanton und Gemeinden Subventionen an private Umbauten und Renovationen geleistet.

TRADITIONELLE UND NEUE PARTEIEN

Krise und Krieg mit Not, Orientierungssuche und Verzweiflung fanden Niederschlag auch in der politischen Landschaft der neutralen Schweiz, des Grenzbezirks Werdenberg und jeder Gemeinde. Hagmann unterscheidet für den Bezirk Werden-

Bau der Kanalisation in der Buchser Bahnhofstrasse um 1930. Diese Notstandsarbeit leistete einen wichtigen Beitrag zur Arbeitsbeschaffung.



berg «etablierte Parteien», «neue Parteien und Bewegungen», «politische Randgruppen» sowie eine «überparteiliche Gruppierung». Systematisch kartographiert er gewissermassen die politische Landschaft im Bezirk Werdenberg, indem er jede Partei oder Bewegung analysiert, und zwar jeweils nach Ausgangslage und Entstehung, nach Zusammensetzung der Gefolgschaft, nach Programmatik und ideologischer Ausrichtung, nach dem Verhältnis zu andern Parteien, nach Wähleranteilen, nach politischen Mandaten auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene sowie – was als Lackmustest am meisten interessiert – nach der Haltung gegenüber Frontismus und Nationalsozialismus. Der Autor stellt jede Partei in den kantonalen und schweizerischen Zusammenhang.

Diesem Parteien-Teil des Buches geben ausführliche Schilderungen etlicher bedeutender Persönlichkeiten einige Farbe, so des freisinnigen National- und Regierungsrats und Bauernpolitikers Johann Jakob Gabathuler (1883–1958) aus Weite, des freisinnigen Advokaten, Nationalrats und langjährigen Buchser Gemeindeammanns Dr. Johann Jakob Schwendener (1888–1972), des Revierförsters und langjährigen sozialdemokratischen National- und Kantonsrats Jakob Fenk (1879–1968) aus Sennwald, des katholisch-konservativen Kantonsrats, Gamser Gemeindeammanns und Bauern Josef Kramer (1895–1966), aber auch etwa des Mundartdichters, Lehrers und «germanophilen Heimatkundlers» Jakob Kuratli (1899–1981), Azmoos, und insbesondere des Nationalsozialisten und Azmooser Pfarrers Werner Wirth (1886–1961).

Als etablierte Parteien waren im Bezirk Werdenberg – wie im Kanton und im Bund – drei Parteien stark und durchgehend prägend, die «Freisinnig-demokratische Partei», die «Sozialdemokratische Partei» und die «Konservative Volkspartei» (heute CVP), die letztere fast ausschliesslich im katholischen Gams. Die drei Parteien standen zwar in ausgeprägter ideologischer Gegnerschaft zueinander – Freisinnige und Konservative auch in Fortsetzung des Kulturkampfes –, doch wussten sich alle drei einig in der Erhaltung der pluralistischen Demokratie und in der Abwehr des Nationalsozialis-

mus. Die drei Parteien dominierten durchgehend überall im Bezirk die Gemeindebehörden, ebenso stellten sie jeweils die Mehrheit der Kantonsräte aus dem Bezirk. Vereinzelte Sympathien Richtung Frontismus fanden sich im Werdenbergischen, wie anderswo, während des «Frontenfrühlings» von 1933 bei den Freisinnigen und etwas länger bis 1935 bei den Konservativen. Als resistent nach rechts erwiesen sich vorab die Sozialdemokraten.

Hinzu kamen in den 1930er Jahren neue, zum grösseren Teil kurzlebige Parteien und Bewegungen, nämlich die kleine «Evangelische Volkspartei», die sich im Werdenbergischen 1935 wieder auflöste; die bis 1937 bestehende «Bauern- und Mittelstandspartei», analog der schweizerischen «Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei» (BGB, Vorläuferin der heutigen SVP); die Freiwirtschaftsbewegung, mit wieder eigenen Gruppierungen unter Bezeichnungen wie «Freiwirtschaftsbund», «Bund

BUCHS
Öffentliche Volksversammlung
Sonntag den 22. März 1936, nachmittags 1.30 Uhr,
im Saale zum Bahnhof
Herr Nationalrat Duttweiler, Zürich
spricht über:
„Die Wiederbelebungsmöglichkeiten der Wirtschaft“
Bürger aller Parteien, auch Frauen und Töchter,
sind zu diesem Vortrage herzlich eingeladen. 1625
Die „Unabhängigen“



Ankündigung eines Vortrags von Gottlieb Duttweiler, 1936

Kantonsrat und Gemeindeammann Josef Kramer aus Gams

freier Demokraten» sowie «Internationaler Befreiungsbund»; die sich länger haltenden «Jungbauern» als Teil der schweizerischen «Bauernheimatbewegung»; der den Krieg überdauernde «Landesring der Unabhängigen»; schliesslich als Frontistenpartei die «Nationale Front».

Nur die Jungbauern, die Demokraten und der Landesring rangen bei Wahlen im Bezirk den Altparteien zum Teil beträchtliche Stimmenanteile ab. Parteiübergreifend verstand sich schliesslich die «Richtlinienbewegung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Sicherung der Demokratie», welche 1936 bis 1939 gesamtschweizerisch und kurzzeitig auch im Werdenbergischen aktiv war, unter anderem mit einer grossen Kundgebung im Juni 1937 auf dem «Schneggen» bei Buchs, welche 2000 oder mehr Personen anzog. Die Richtlinienbewegung fand bei Sozialdemokraten und linksbürgerlichen Kreisen Anklang.

Ganz nationalsozialistisch ausgerichtet war die erwähnte «Nationale Front». Programmatische Be-

rührungspunkte mit den Fronten und Sympathien für einzelne NS-Postulate fanden sich in den frühen 1930er Jahren bei verschiedenen Parteien, am häufigsten bei den Jungbauern, aber selbst dort nicht systematisch, sondern bei einzelnen Anhängern. Hagmann überprüft Äusserungen und Wertungen über NS-Nähe oder -Distanz der einzelnen Parteien sorgfältig auf der Basis der Quellen. Dabei zeigt sich, dass manche pauschal publizierte und kolportierte Aussage der Differenzierung bedurfte und dass der Historiker auch Widersprüche gelegentlich nebeneinander stehen lassen muss.

Wenn Hagmann schliesslich die Kommunisten und die Frontisten unter der Kategorie «Politische Randgruppen» führt, so tut er dies, weil sie im Bezirk Werdenberg tatsächlich fast nicht Fuss gefasst haben, was besonders bezüglich der Frontisten, welche im Grenzgebiet leicht faschistische und nationalsozialistische Einflüsse aufnehmen konnten, erstaunt. Die Kommunistische Partei der Schweiz (KPS, 1940 verboten, 1944 als Partei der Arbeit, PdA, wieder gegründet) fand im Werdenbergischen nur wenige Anhänger, etwa aus dem notleidenden Lohnstickermilieu und unter Bahnarbeitern, und vereinzelte Aktivisten, so den Grabser Burkhard Gantenbein, der 1934 im Rahmen einer internationalen Kommunistendelegation einige Wochen in Moskau weilte. Kurzzeitig bestand eine von Gantenbein geleitete «Sektion Buchs-Grabs» der kommunistischen Partei. Die Sektion löste sich indes 1935 auf, man wolle, wie Gantenbein resümierte, nicht «Hampelmänner der Moskauer Drahtzieher» sein. Und flugs wechselte Gantenbein 1935 zu den Frontisten.

FRONTISMUS IM BEZIRK

Den Befund, dass die Frontisten im Werdenbergischen wenig Zulauf erhielten, führt Hagmann vor allem darauf zurück, dass gerade die oben erwähnten neuen Parteien und Bewegungen – so die Freiwirtschaftler, die Bauern- und Mittelstandspartei oder die Jungbauern, aber auch der Landesring – viel Protestpotential aufsogen, indem sie zahlreiche

Öffentlicher Vortrag

**Sonntag den 15. Mai 1938, nachmittags 2.30 Uhr
im Hotel „Bahnhof“, Buchs**

Referat von

Herrn Regierungsrat Dr. Kobelt, St. Gallen
über das Thema:

„Landesverteidigung und aktuelle Wirtschaftsfragen“.

Jedermann ist zu diesem zeitgemässen Vortrag
freundlich eingeladen.

**Die freisinnig-demokratische Partei Werdenberg.
Die jung-liberale Bewegung.**

2866

Ankündigung eines Vortrags von Regierungsrat
Karl Kobelt, 1938

Unzufriedene, welche an sich für frontistisches Gedankengut anfällig gewesen wären, banden, wie übrigens auch schon die bestehenden etablierten Parteien. Die «Nationale Front», die gesamtschweizerisch von 1930 bis 1940 bestand, suchte von 1934 an auch im Werdenbergischen Fuss zu fassen. Dies gelang nicht nachhaltig. Sie organisierte am 17. Februar 1934 einen geschlossenen Vortragsabend in der Buchser «Traube», am 24. Mai 1934 eine öffentliche Kundgebung im Hotel «Bahnhof» in Buchs, an welcher Eduard Rüeggsegger vor etwa 150 Personen sprach; nur die Minderheit davon waren «Fröntler», davon viele von auswärts, die Mehrheit aber sozialdemokratische und freisinnige Gegner; entsprechend verlief die Diskussion dann «zeitweise sehr erregt» und knapp an der Grenze zu Tätlichkeiten. An jener Versammlung nahmen offenbar auch Mitglieder des «Liechtensteiner Heimatdienstes», nämlich Carl von Vogelsang, Rudolf Schädler und Peter Rheinberger, teil, Gegner riefen ihnen beim Verlassen des Saales in Buchs «Rottermörder» nach (vgl. Geiger, Krisenzeit Band 1, S. 386). Der 1933 bis 1935 bestehende Liechtensteiner Heimatdienst wäre im schweizerischen Kontext als «frontistisch» einzuordnen.

Im Werdenbergischen entstand schliesslich 1935 eine Ortsgruppe der Nationalen Front. Die Frontisten veranstalteten zum Auftakt am 16. Juni 1935 eine öffentliche Kundgebung in Grabs und in Buchs, indem sie mit ihrer Fahne – welche das langschenklige Schweizerkreuz zeigte – durch beide Dörfer marschierten, unter Beteiligung von gut zwei Dutzend einheimischer Anhänger. Die im Sommer 1935 gegründete «Ortsgruppe Oberrheintal» der Nationalen Front mit einem «Stützpunkt Werdenberg» kam aber 1935 über zwei Versammlungen nicht hinaus, und schon 1936 zerfiel sie, der Entwicklung der Partei im Kanton und in der Schweiz folgend. Auch gesamtschweizerische frontistische Nachfolgeorganisationen wie der «Bund treuer Eidgenossen nationalsozialistischer Weltanschauung», die «Nationale Opposition» oder die «Eidgenössische Sammlung» – sukzessive vom Bundesrat verboten – suchten im Werdenberg Anhänger zu gewinnen, ohne merkbaren Erfolg. Dass sich doch in manchen Köpfen Elemente der nationalsozialistischen Ideologie einnisten mochten, schliesst Hagmann, bestärkt durch manche Zeitzeugenaussage, nicht aus. Ein solcher Kopf, jener von Pfarrer Wirth, war übervoll davon.



Kundgebung der «Nationalen Front» in Grabs, 1935

NATIONALSOZIALISMUS: DER FALL PFARRER WIRTH

Hagmanns Buch enthält nicht viel Episodisches und Personenbezogenes. Eine bedeutende Ausnahme bildet der Fall Wirth, der im Kapitel über den Frontismus eine rund 20 Seiten umfassende, detaillierte und spannende Fallstudie darstellt. Von 1932 bis zur Suspendierung 1940 wirkte Werner Wirth als reformierter Pfarrer in Azmoos, zugleich war er Nationalsozialist. Sein Fall erregte Aufsehen weit über den Bezirk hinaus. Wirth war ein unermüdlicher, ehrgeiziger Aktivist. Er kam vom andern Ende des politischen Spektrums. Ende des Ersten Weltkrieges war er als junger Pfarrer im Aargau als sozialdemokratischer Agitator hervorgetreten, danach Armeninspektor in Zürich geworden. Dort wurde er als SP-Vertreter in den Gemeinde- und Kantonsrat gewählt. Er wechselte zu den Kommunisten und war in Zürich eine Zeitlang deren Wortführer, zusammen mit Fritz Platten, dem Lenin-Freund. Wirth vertrat 1921 die Kommunistische Partei der Schweiz an Kongressen in Moskau, er weilte einige Monate in der Sowjetunion. Die dortigen Erfahrungen bewogen ihn zur Abkehr. Für einige Jahre wandte er sich evangelischer Publizistik zu. Wohl davon beeindruckt, wählte ihn 1932 die evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Azmoos zum Pfarrer. Zu diesem Zeitpunkt war

Werner Wirth, reformierter Pfarrer von Azmoos, 1936



Wirth bereits Frontist mit Beziehungen zur Neuen Front und zur Nationalen Front, er bewunderte schon den deutschen Nationalsozialismus vorbehaltlos und sprach sich in Zeitschriftenbeiträgen für eine faschistische «Erneuerung» der Schweiz und Europas aus. In der Gemeinde hielt sich Pfarrer Wirth politisch zurück. Informierte erkannten gleichwohl in seinen Predigten und 1. August-Reden Anleihen aus dem Reichs-Wortschatz.

Ab dem Kriegsausbruch trat die Pro-Hitler-Haltung Wirths und seiner Frau deutlicher zutage. Das Pfarrerehepaar spaltete die Bevölkerung der Gemeinde. 1940 trat der Trübbacher Landjäger Roduner protestierend aus der Kirchgemeinde aus, und ein Azmooser verweigerte die Kirchensteuer, solange Wirth Pfarrer sei. Wirths häufige Reisen nach Feldkirch und Liechtenstein fielen nun auf. In Vaduz unterrichtete er wöchentlich die evangelischen Kinder. Dort traf er sich aber auch mit Peter Rheinberger, Mitglied der einheimischen «Volksdeutschen Bewegung». Die St. Galler Kantonspolizei und die Armee verdächtigten Pfarrer Wirth und seine Frau der Spionage.

Das Pfarrerehepaar wurde im Sommer 1940 unter polizeiliche Aufsicht gestellt, die Pässe wurden eingezogen. Im Dezember 1940 und im Januar 1941 förderten Hausdurchsuchungen bei Pfarrer Wirth in Azmoos aber keine direkten Beweise für Spionage zutage, wenn auch der Verdacht blieb, zumal ein chiffrierter Zettel gefunden wurde. Dafür kamen klare Belege für die nationalsozialistische Gesinnung zum Vorschein, in von Wirth verfassten Manuskripten. Er wollte die Schweiz «als altes deutsches Reichsgebiet ... wieder dem Grossdeutschen Reich eingegliedert» sehen, aufgelöst werden sollten in der Schweiz nicht nur alle Parteien, sondern auch die kantonalen Parlamente und Regierungen, «Juden und Ausländer» wären aus allen öffentlichen Stellen auszuschneiden, Pressefreiheit wäre aufzuheben. Der Führer Deutschlands sei von Gott gesandt, vollbringe Gottes Werk, kämpfe und siege gegen die «grosse rote Flut». Aus etlichen Indizien schliesst Hagmann, dass Wirth wohl auch einen Umsturzplan für die Schweiz mit einschlägigen Gesprächspartnern besprach.

Wirth stand in weitreichenden Verbindungen zu Frontisten und Nationalsozialisten in der Schweiz, ebenso zu Nationalsozialisten der «Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein», so zu Rudolf Schädler, Peter Rheinberger und Martin Hilti, dem Schriftleiter des ab Oktober 1940 erscheinenden Hetzblattes «Der Umbruch». Wirth erhielt von Hilti den «Umbruch» regelmässig zugestellt. Weitere verschwörerische Verbindungen des politischen Pfarrers reichten zu deutschen Konsular- und Gesandtschaftsbeamten in der Schweiz sowie zum Chef der Grenzpolizei in Feldkirch, Karl Kriener. Wirth war durch Rudolf Schädler in Vaduz anlässlich der Fürstenhuldigungsfeier vom 29. Mai 1939 auch mit Klaus Huegel bekannt gemacht worden. Huegel war beim deutschen Sicherheitsdienst (SD) der SS von Stuttgart aus für politischen Nachrichtendienst aus der Schweiz zuständig und auch an Liechtenstein interessiert.

Ende Dezember 1940 wurde Wirth als Pfarrer in Azmoos suspendiert, im Januar 1941 verhaftet, bald wieder freigelassen. Er beteuerte seine Unschuld in Zeitungseinsendungen. Im Sommer 1941 kam Wirth einer Amtsenthebung zuvor und verzichtete auf die Pfarrerstelle, gegen eine Abfindung. Das Bezirksgericht Werdenberg in Buchs sprach Wirth dann im Dezember 1941 zwar von der Anklage staatsgefährlicher Umtriebe frei, auferlegte ihm aber alle Verfahrenskosten. Das Berufungsverfahren der Bundesanwaltschaft und der St. Galler Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch – dieser wurde vom St. Galler Kantonsgericht dann bestätigt – wartete Wirth nicht ab: Er floh im Februar 1942 nach Deutschland, «wohin ihn sein Herz schon lange zog», wie der «W&O» berichtete.

In Deutschland entfaltete Wirth bis zum Kriegsende – wie später erst ans Licht kam – rastlose Wühlarbeit gegen die Schweiz. Er wirkte in Stuttgart für den «Volksbund für das Deutschtum im Ausland», gelangte im Frühjahr 1944 mit einem Plan an Himmler zur «Machtergreifung der Nationalsozialisten in der Schweiz», leitete ab dem Sommer 1944 in Radolfzell das «Oberdeutsche Arbeitsbüro», wo er umfangreiche Karteien über Schweizer anlegte, darunter vermutlich auch Liquidati-

onslisten. Wenige Tage vor dem Waffenstillstand wurde Wirth beim Übertritt nach Kreuzlingen verhaftet. 1947 wurde er zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, 1951 nach Verbüßung von zwei Dritteln der Strafe regulär freigelassen.

EXKURS: BLICKE ÜBER DIE GRENZE

Vom Liechtenstein aus gesehen liegt der Bezirk Werdenberg ennet dem Rhein, der Länge nach genau gegenüber dem Fürstentum. Hagmanns Werk zur Werdenberger Zeitgeschichte der Dreissiger- und der Kriegsjahre beschränkt sich indes auf die Schweizer Seite, er schaut selten ins Liechtensteinische oder Vorarlbergische hinüber. Immerhin liegen bereits grössere wissenschaftliche Untersuchungen zur Krisenzeit, teils auch zur Kriegszeit, vor, sowohl für Vorarlberg (Gerhard Wanner, Harald Walser, Meinrad Pichler u. a.) als auch für Liechtenstein (Peter Geiger) wie übrigens auch für den Bezirk Sargans (Claudio Stucky). Hier ist es nun doch reizvoll, den Blick über die Grenze hinweg schweifen zu lassen und einige von Hagmanns Werdenberger Ergebnissen in den Vergleich zu setzen. Dabei fallen etliche Ähnlichkeiten und manche Unterschiede der gleichzeitigen, aber nicht gleichartigen Entwicklung ins Auge.

Wirtschaftliche Not und Arbeitslosigkeit in der Krisenzeit trafen Liechtenstein noch stärker als Werdenberg, aber Vorarlberg nochmals stärker als beide. Zur Abhilfe war der Bezirk Werdenberg, anders als Liechtenstein, nicht auf sich allein gestellt, indem Kanton und Bund gesetzgeberisch wie materiell helfen konnten. In Vorarlberg wäre die österreichische Regierung in Wien eine ähnliche Hilfsplattform gewesen, aber die andern Bundesländer litten noch schlimmer als Vorarlberg. Während Arbeitslose im Werdenberg wie in Vorarlberg, hier freilich minim, versichert waren, fehlte in Liechtenstein jede Arbeitslosenversicherung, hier war der Erwerbslose auf sporadische Unterstützungszahlung angewiesen, von der Regierung oder der Gemeinde oder auch dem fernen Fürsten in jedem Einzelfall beschlossen.

Die Notstandsarbeiten, wie Hagmann sie für das Werdenbergische nachweist, gleichen durchwegs jenen in Liechtenstein wie auch jenen in Vorarlberg. Für Liechtenstein fällt auf, dass neben dem Grossprojekt des Binnenkanalbaus und neben vielen Strassen, Entwässerungs- und Rüfearbeiten erstaunlich zahlreiche kirchliche und schulische Bauten Arbeit brachten. Hier wirkten auch spezifisch liechtensteinische Finanzierungsquellen, welche in den beiden Nachbargebieten nicht sprudelten, nämlich Einnahmen aus Briefmarken, Gesellschaftswesen und Einbürgerungen.

Die von Hagmann minutiös untersuchte politische Landschaft im Bezirk Werdenberg unterschied sich stark von jener in Liechtenstein und in Vorarlberg, schon wegen der Einbindung in Kanton und Eidgenossenschaft auf der einen Seite und in die Republik Österreich auf der andern Seite. Dennoch sind auch politische Zeittrends vergleichbar. Die Parteienlandschaft kam überall in Bewegung, am stärksten in Österreich. In Liechtenstein gab es keine sozialdemokratische Partei. Die zwei liechtensteinischen Parteien – Fortschrittliche Bürgerpartei und Christlich-soziale Volkspartei, ab 1936 Vaterländische Union –, beide katholisch, waren, sehr vereinfacht gesagt, den Konservativen auf der Schweizer Seite – die VU allerdings mit einem frontistischen Heimatdienst-Flügel – beziehungsweise den Christlichsozialen auf der Österreicher Seite zu vergleichen. Der Parteienkampf war in Vorarlberg wie in Liechtenstein ein Zwei-Lager-Kampf und viel heftiger als im Werdenberg. In Vorarlberg wurde der Lagerkampf teils auch gewalttätig ausgetragen, erst zwischen Christlichsozialen und Sozialisten, dann zwischen Christlichsozialen und den illegalen Nationalsozialisten. Neue Parteien waren hier wie dort entstanden. Der kurzlebige Versuch, in Liechtenstein die Freiwirtschaft einzuführen – mittels Professor Ude –, hing direkt mit gleichen Bestrebungen in Gams und Haag zusammen. Faschismus und Nationalsozialismus wiederum wirkten, wenn auch unterschiedlich, auf die Schweizer Fronten, auf den Liechtensteiner Heimatdienst, auf die Österreicher Christlichsozialen, dann integral auf die bis 1938 illegale NSDAP in Österreich und auf

die 1938 entstehende «Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein». In Vorarlberg beziehungsweise Österreich kam rasch, schon 1934, der ständische, «austrofaschistische» Einparteistaat. In Liechtenstein hielt die 1938 entstehende Regierungskoalition die Nationalsozialisten von der Macht fern. Im Werdenbergischen taten gleiches die traditionellen Parteien, die pluralistische Demokratie bewahrend.

Der österreichische Anschluss 1938 und dann der Kriegsausbruch 1939 rissen alles Vergleichbare von Vorarlberg weg. Vorarlberg einerseits sowie Liechtenstein und Werdenberg andererseits erlebten nun die Jahre bis 1945 – und lange darüber hinaus – ganz verschieden. Liechtenstein überdauerte die Kriegszeit an der Seite der Schweiz, in deren Versorgung vielfältig eingebunden, wenn auch mit weniger Pflichten, da ohne Militärdienst.

Die Verhältnisse, wie sie jeden einzelnen Menschen in der Dreiländernachbarschaft während der Krisen- und Kriegszeit betrafen, sind der Vorstellung unmittelbar zugänglich: Lebte eine Person – Kind, Frau oder Mann – zum Beispiel in Sennwald, eine andere in Schellenberg, eine dritte in Nofels, so lagen ihre Lebensorte so nahe beisammen. Und doch mochten ihre Lebenswege so unterschiedlich verlaufen, als hätten sie nichts Gemeinsames, als lägen sie weltweit auseinander.

Hagmanns Werk, wissenschaftlich sorgfältig, systematisch, dicht und zugleich sehr lesbar, ist als Band 1 der Begleitpublikationen des Werdenberger Jahrbuches bei BuchsDruck sowie Chronos, Zürich, erschienen. Eine weitere Lücke der Zeitgeschichte schliessend, ist es wertvoll nicht allein für die wirtschaftliche, soziale und politische Geschichte des Bezirks, der Gemeinden wie auch des Kantons St. Gallen und der Schweiz, sondern zugleich eine Fundgrube für die grenzübergreifende Regionalgeschichte. Es erlaubt den detaillierten Vergleich mit den angrenzenden Gebieten und Ländern. Gerade durch Kenntnis des Nahen und Anders tritt das Eigene schärfer ins Licht.